

...wenn alles schon entschieden scheint...

Warum wählen wir eigentlich?

Zusammenfassung der Stammtischergebnisse vom 20.09.2017

Am 20. September fand der erste Offene Stammtisch von Die Demokratieverstärker i.G. zu o.g. Thematik statt. Die folgenden Zeilen beschreiben stichpunktartig, was von den Teilnehmern besprochen wurde

Die geringe Wahlbeteiligung wurde besonders an der allenthalben empfundenen Entfremdung zwischen Politikern und Bürgern fest gemacht. Ausdrücklich wurde dies auf Politiker aller Ebenen bezogen (sowohl auf kommunaler Ebene als auch alle folgenden).

Maßgeblich wurden nachstehende Thesen von den Teilnehmern diskutiert:

- Sogenannte „Skandale“ wie die Frage um manipulierte Schadstoffreduzierung bei Autos ließen bei der Bevölkerung den Eindruck entstehen, dass es ein sich selbst erhaltendes System zwischen Macht und Geld gebe (oder übersetzt zwischen Politiker und Wirtschaftslenkern). Die Belange des Landes und seiner Bevölkerung würden so häufig außer Acht gelassen.
- Politikern scheint ihre Legitimation durch den Wähler egal zu sein
- Mit diesem Eindruck verquickte sich auch die These, dass für die Bürger die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen Volksvertretern auf der einen und Lobbyisten auf der anderen Seite häufig nicht durchschaubar sei. Durch diesen Umstand würde die Angst genährt, Politiker könnten ihre Aufgabe als Volksvertreter zu Gunsten des eigenen finanziellen oder machtmäßigen Vorteils vernachlässigen.
- Ein großes Thema war der bei den Diskutanten allenthalben empfundene, gestiegene Egoismus und Hedonismus sowohl innerhalb der Bevölkerung als auch bei Politikern.
- Auch wurde besprochen, dass die vom Bürger an Politiker gestellten Erwartungen häufig überzogen sind: die Öffentlichkeit erwarte von allen Politikern zu jedem Sachthema eine hohe Kompetenz gepaart mit kenntnisreichen Äußerungen zu jeder sich ereignenden Sachlage. Diese sei ehrlicherweise aber kaum zu erreichen.
- Besonders bedenkenswert schien den Teilnehmern in diesem Zusammenhang, dass – hinterlegt durch die historisch schlechten Beteiligungen bei anstehenden Wahlen – Politik, Demokratie und Staatswesen für einen nicht geringen Teil der bundesdeutschen Bevölkerung eine Bring-Schuld der Volksvertreter und der Staatsorgane sei. Das Wahlrecht würde subjektiv nicht mehr als Pflicht eines guten Staatsbürgers wahrgenommen

In der Zusammenschau waren sich die Teilnehmer einig, dass sowohl politische Vertreter als auch Bevölkerung einen Haltungswandel gegenüber ihren Aufgaben als Volksvertreter bzw. Bürger durchlebt hätten. Dieser Wandel wurde als demokratiegefährdend wahr genommen.

Um dem Einhalt zu gebieten, wurden vor allem folgende Maßnahmen genannt und diskutiert:

- Große Einigkeit herrschte bei dem Punkt, die politische Bildung in der Schule umfassend und fächerübergreifend zu verstärken.
- Ein Teilnehmer berichtete von schulinternen Projekten, die Wahlen abbildeten oder nachstellten. Teilweise wurden diese Projekte von hiesigen Kommunalpolitikern begleitet.
- Einführung eines „Wahlführerscheins“
Gemeint war damit, dass das Wahlrecht nur ausgeübt werden kann, wenn beim betreffenden Bürger grundlegende Kenntnisse über Staatswesen, Verfassung und Parteien vorliegen.
- Einführung der Wahlpflicht für alle wahlberechtigten Bürger. Die Nichtteilnahme an einer Wahl solle als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße geahndet werden.

Offener Stammtisch im Oktober

Mittwoch, 18. Oktober 2017 – 20:00 Uhr – Wirtshaus Zinners, Köglweg 5, 82024 Taufkirchen

Thema: Freiheit versus Sicherheit – Wieviel Überwachung brauchen wir?